

# Wirtschaftskorrespondenz FÜR POLEN

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis in Polen 4 Złoty, im Ausland 2,00 Reichsmark monatlich ausschliesslich Bestellgeld, freibleibend.  
Redaktion, Verlag und Administr.: Katowice, M. Piłsudskiego 27  
Telefon 168, 1998.

Organ der  
„Wirtschaftlichen Vereinigung  
für Polnisch-Schlesien“

Chefredakteur: Dr. Franz Goldstein, Katowice

Anzeigenpreise nach festem Tarif. Bei jeder Beirteilung und bei Konkursen fällt jeglicher Rabatt fort.  
Erfüllungsort: Katowice, Wojewodschaft Schlesien.  
Bankverbindung: Deutsche Bank u. Diskontogesellschaft Katowice und Beuthen P. K. O. Nr. 304238 Katowice

Durch höhere Gewalt, Aufruhr, Streiks und deren Folgen hervorgerufene Betriebsstörungen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder Nachlieferung der Zeitung.  
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Jahrg. IX

Katowice, am 25. Juni 1932

Nr. 17

## Der Handelsminister in Katowice

Am 18. d. Mts. weilte der Minister für Industrie und Handel Dr. Zarzycki in Katowice und empfing in der hiesigen Handelskammer die Vertreter sämtlicher Wirtschaftsorganisationen Oberschlesiens. Die Wirtschaftliche Vereinigung für Poln. Schles. war durch den Vorsitzenden, Herrn Direktor Klein und den Verbandsdirektor, Herrn Dr. Lampel, vertreten.

Der Regierungskommissar der hiesigen Handelskammer, Herr J. Jan Kowalczyk begrüßte den Minister, gab ihm ein Bild der Tätigkeit der Kammer und wies darauf hin, dass diese ihre eigentliche Tätigkeit im Gegensatz zu anderen Handelskammern bisnun nicht ausüben konnte, da die kommissarisch und nicht auf Grund von Wahlen zusammengesetzt sei. Dessenungeachtet nahm die Handelskammer regen Anteil am Wirtschaftsleben und vertrat die Interessen Oberschlesiens in jeder Hinsicht. Senator Kowalczyk wandte sich an den Minister mit der Bitte, Oberschlesien in besonderer Obhut zu halten, da Oberschlesien infolge der Wirtschaftskrise ungewöhnlich leide. Darauf führte der Direktor der Handelskammer, Herr Drozdowski, in einer vorgelesenen Denkschrift die wichtigsten Postulate von Industrie und Handel an, die wir nachstehend wiedergeben:

Herr Minister! Ihre heutige Anwesenheit in Oberschlesien, Ihre unmittelbare Berührung mit den Vertretern des Wirtschaftslebens, dieses am empfindlichsten durch die Wirtschaftskrise betroffenen Gebiets, sowie die Tatsache, dass Sie Ihren Aufenthalt gerade mit dem Besuch der Handelskammern begannen, gestattet uns, dies als einen Beweis dafür anzusehen, dass Sie den Problemen, die heute das Wirtschaftsleben Schlesiens belasten, Ihre besondere Aufmerksamkeit schenken und die durch die unparteiische Vertretung der Wirtschaftskreise, d. h. die Handelskammer, repräsentierten Ansichten bei Ihnen, Herr Minister, einen entsprechenden und erfolgreichen Schutz finden werden.

In dieser Hoffnung gestatten wir uns, kurz auf die wesentlichsten Forderungen namens der Kammer, sowie der angeschlossenen und hier vertretenen Wirtschaftsverbände hinzuweisen. Die uneinheitliche Rechtsverfassung, die sich der Kammer selbst empfindlich fühlbar macht, derzufolge sie trotz 10-jährigem Bestehen mit ihrer Innenstruktur und dem Interessenbereich des Wirtschaftslebens sich den im übrigen Staatsgebiet geltenden Normen nicht anpassen konnte, stellt sich in vielen, anderen Fällen als eine bedeutende Schwierigkeit für das hiesige Wirtschaftsleben dar. Wir glauben, dass eine baldige Vereinheitlichung so wichtiger Gesetzesgebiete, wie des Bergrechts, des Gewerbegesetzes und der sozialen Gesetzgebung, eine Entlastung der hiesigen Wirtschaft von einer Reihe Schwierigkeiten und ein Ausgleich der Arbeitsbedingungen in Industrie und Handel im Verhältnis zu den anderen Gebieten nach sich ziehen würden.

In der Zeit der Einschränkung des Inlandsmarktes für Absatz der Bergbau- und Industrieprodukte, sowie des gewaltigen Rückganges der Handelsumsätze mit dem Ausland, der durch die immer schärferen Reglementierungsvorschriften der Abnehmerstaaten verursacht wurde, streben wir trotz allem dahin, den Export, der sich nicht mehr erhöhen lässt, zumindest aufrechtzuerhalten.

Unsere Bestrebungen sind aber nur bei der uns bisher gewährten Hilfe des Staates möglich. Wir

bitten Sie daher, Herr Minister, festzustellen, dass die unruhestiftenden Gerüchte über die beabsichtigte Aufhebung der bisherigen Regierungshilfe für den Hüttenexport wesenlos sind. Wir hoffen, durch die Revision einer Reihe von Handelsverträgen, die nach Einführung des neuen Zolltarifs zweifellos eintreten muss, auf einigen Abnehmermärkten die Konkurrenzbedingungen für die Erzeugnisse der ober-schlesischen Industrie zu bessern.

Wir stellen mit Anerkennung fest, dass die Regierungspolitik zu der Form zurückgekehrt ist, den Export von Hüttenenerzeugnissen durch die Erteilung von Garantien des Staates für die Exporttransaktionen nach Sowjetrußland zu unterstützen. Wir würden es für billig halten, wenn die Bank Polski die Beträge, die zur Discontierung der aus diesem Export herrührenden Wechsel bestimmt sind, wenigstens in der bisherigen Höhe aufrecht erhalten würde.

Was den Kohlenexport betrifft, so sind wir uns über die Opfer einig, die aus diesem Grunde sowohl die Regierung, als auch die Industrie tragen muss. Wir bitten Sie daher, Herr Minister, diesen Exportzweig weiterhin unterstützen, sowie überall dort intervenieren zu wollen, wo dieser Export von dem Ergebnis der Austausch- oder Importtransaktionen mit den Abnehmerländern abhängig ist.

Da wir gerade vom Export sprechen, bitten wir Sie, Herr Minister, um Unterstützung des schlesischen Handels in den Fällen, in denen infolge der Einschränkung und Konzentration des Exports Handelsunternehmen, die sich mit der Ausfuhr von in Schlesien nicht erzeugten Produkten befassen und diesen Handel bereits seit längerer Zeit betreiben, betroffen wurden und gegenwärtig in ihrer Existenz dadurch, dass der Aussenhandel durch Unternehmen betrieben wird, die ihren Sitz in den Produktionsgebieten haben, auf das Höchste bedroht sind. Dies betrifft oft Exportzweige, in denen der schlesische Handel eine Pionierrolle spielt.

Im Zusammenhang mit der Standardisierung der Rechtsnormen, die den Export einiger Landprodukte regeln, gestatten wir uns, Sie auf die Tatsache aufmerksam zu machen, dass diese Normen durch den sogenannten Wagenexport dieser Artikel, der in dem zuvorgehenden Zeitraum ziemlich bedeutende Positionen darstellte, gestrichen wurden.

In der Zeit des Exportrückganges müsste u. E. unter gewissen Bedingungen auch diese frühere Form des Exports von Landprodukten ermöglicht werden. Bei einer bis auf ein Minimum gesunkenen Kaufkraft des Inlandsmarktes lässt sich einigen Industrieunternehmen die katastrophale Lage der Landwirtschaft fühlbar machen.

Gewisse Privilegien, die letzthin der Landwirtschaft hinsichtlich der Regelung von deren Verbindlichkeiten erteilt wurden, ziehen vom Standpunkt der Industrie, die die Landwirtschaftskreise beliefern, z. B. der Kunstdünger-Industrie, weitere Schwierigkeiten nach sich, die in der Praxis auf der Unmöglichkeit beruhen, die der Industrie zustehenden Forderungen zu realisieren. Das in diesem Falle notwendige Gleichgewicht der Rechte und Verpflichtungen müsste wieder hergestellt werden.

Wir sind uns der schwierigen Situation des Staatsfiskus und der Notwendigkeit weitestgehender Opfer seitens der Steuerzahler gegenüber dem Fiskus bewusst. Oberschlesien ist, was die pünktliche Erfüllung der Steuerpflichten anbelangt, u. E. nach an die erste Stelle zu setzen. Aus diesem

Grunde tragen die Ermässigungen, die durch die letzten Verordnungen des Finanzministers bezüglich der rückständigen Steuern erteilt wurden, nur in geringem Masse zur Linderung der Steuerlasten Oberschlesiens bei. Wir bitten Sie, intervenieren zu wollen, dass die Steuerermässigungen nicht hinsichtlich der säumigen Steuerzahler, von denen es in Schlesien verhältnismässig wenige gibt, sondern der laufenden Forderungen, die infolge der durch die laufenden Schwierigkeiten verursachten Lage der Industrie nicht entrichtet werden können, gewährt werden. Wir bitten gleichfalls, wegen der möglichst baldigen Erledigung der Steuerberufungen, die bei den Finanzbehörden oft mehrere Jahre liegen, intervenieren zu wollen. Dieser Zustand ruft insofern eine paradoxe Situation hervor, als oft überzahlte und durch die Steuerzahler reklamierte Summen das Grundkapital eines Unternehmens übertreffen. Die Beschleunigung des Berufungsverfahrens ist eine durchaus wichtige Forderung im Bereich der Steuerangelegenheiten.

Was die Kredithilfe für Industrie und Handel betrifft, so wollen wir von der Wiederholung der durch die ganze polnische Industrie und den Handel aufgestellten allgemeinen Forderungen Abstand nehmen, obwohl wir der Tragweite dieses Problems und seiner Einflüsse für die gegenwärtige und zukünftige Struktur der polnischen Industrie und des Handels uns bewusst sind. Besonders bitten wir Sie um Kredithilfe für den Handel u. die weiterverarbeitende Industrie, sowie um Schutz und Hilfe innerhalb der gegenwärtigen Möglichkeiten des Fiskus.

Zu Ihrer Kompetenz, Herr Minister, werden demnächst die Angelegenheiten gehören, die mit der Elektrifizierung und der elektrischen Industrie in Zusammenhang stehen.

Da sich im Gebiet Oberschlesien Elektrizitätswerke befinden, die den grössten Teil des in den polnischen Gebietsteilen erzeugten Stromes herstellen, sind wir besonders an der Hilfe und der Regierungspolitik auf diesem Gebiete interessiert. In Anbetracht dessen, dass auch auf Oberschlesien das polnische Elektrizitätsgesetz aus dem Jahre 1922 ausgedehnt werden soll, das die Elektrizitätswirtschaft der strengen Regierungskontrolle unterstellt, bitten wir Sie, den durchaus industriellen Charakter der schlesischen Elektrizitätswerke, die ca. 95% ihrer Energie für Produktionszwecke herstellen, zu berücksichtigen.

Wir sind uns darüber einig, dass wir in dieser oberflächlichen und unvollständigen Darlegung nur einen Teil der wichtigsten Angelegenheiten, die in der gegenwärtigen Zeit das Wirtschaftsleben in Schlesien interessieren, gestreift haben.

Wir haben hier die Forderungen nicht berührt, die einen gemeinschaftlichen Charakter haben und sowohl das ganze Staatsgebiet, als auch die schlesischen Verhältnisse betreffen. Wir haben nur die Angelegenheiten berührt, die unserer Ansicht nach realisiert werden und eine Erleichterung in der gegenwärtigen Lage nach sich ziehen können. Wir hoffen, dass Sie dies in Betracht ziehen werden.

Wir verfolgen die Ergebnisse der Arbeiten der Kommission für Handelsangelegenheiten, die unter Ihrem Vorsitz tagt, mit lebhaftem Interesse. Im Zusammenhang damit gestatten wir uns den Gedanken der Schaffung eines analogen Organs zur Besprechung der allgemeinen Bedürfnisse der Industrie und ähnlich dem, in dem die Bedürfnisse des Handels



# Zollerleichterungen

Verordnung des Finanzministers, des Ministers für Industrie und Handel und des Landwirtschaftsministers vom 6. Mai 1932 über Zollerleichterungen. (Dz. Ust. Nr. 49 vom 10. Juni 1932, Pos. 457).

Auf Grund von Art. 7 Punkt b) des Gesetzes vom 31. Juli 1924 betreffend Regelung der Zollverhältnisse (Dz. Ust. Nr. 80, Pos. 777) wird folgendes verordnet:

§ 1. Für die unten genannten Waren wird ein ermässiger Zoll gezahlt, dessen Höhe im Verhältnis zum Normalzoll (autonomen Zoll) einen entsprechenden, aus der folgenden Tabelle ersichtlichen Prozentsatz beträgt:

Position des Zollariffs	Bezeichnung der Ware	Ermässiger Zoll in % des normalen (autonomen) Zolls
aus 71 aus P. 5b) und c)	Elektroden aus Graphit für industrielle Zwecke — mit Genehmigung des Finanzministeriums . . .	10
aus 112 aus P. 25b)	Kontaktmassen, hergestellt aus Bimstein, beziehungsweise aus Infusorienerde, gesättigt mit Vanadiumsalzen, für industrielle Zwecke — mit Genehmigung des Finanzministeriums . . .	10
aus 112 aus P. 25b) II	Zinnchlorid, für industrielle Zwecke — mit Genehmigung des Finanzministeriums . . .	25
aus 112 aus P. 25c)	Methylhexalin, für industrielle Zwecke — mit Genehmigung des Finanzministeriums . . .	10
aus 143 aus P. 3 c)	Aluminiumblech, 0,1 mm und weniger stark, zur Herstellung von Aluminiumfolie — mit Genehmigung des Finanzministeriums . . .	10
aus 169 aus P. 10a)	Belichtete Positive, zur Filmchronik — mit Genehmigung des Finanzministeriums . . .	zollfrei
aus 169 aus P. 10c)	Unbelichtetes Kinoband, zur Filmproduktion — mit Genehmigung des Finanzministeriums . . .	20

aus 177 aus P. 11b) II und c) II Das in Pos. 177 P. 11b) II und c) II genannte Papier, zur Herstellung von lichtempfindlichem Papier — mit Genehmigung des Finanzministeriums . . . 20

Sofern es sich um Waren handelt, die unter die Bestimmungen der Verordnung vom 25. Januar 1928 betreffend Maximalzölle (Dz. Ust. Nr. 9, Pos. 66) mit dem Wortlaut der Verordnungen vom 8. und 21. März 1932 (Dz. Ust. Nr. 19, Pos. 137 und Nr. 26, Pos. 247) fallen, wird der ermässigte Zoll mit Genehmigung des Finanzministeriums den aus der obigen Tabelle ersichtlichen entsprechenden Prozentsatz des Maximalzolls betragen.

§ 2. Für Waren, die auf Grund dieser Verordnung von den Zollerleichterungen Gebrauch machen könnten, jedoch ohne Anwendung der Zollerleichterungen verzollt werden, kann der Unterschied zwischen dem normalen und dem ermässigten Zoll zurückgezahlt werden, wenn:

- durch das Zollamt die Identität der Ware festgestellt wird, bevor diese in den freien Verkehr kommt, wobei die Feststellung der Identität durch Entnahme von Proben auf die in § 42 der Verordnung vom 14. März 1930 über das Zollverfahren (Dz. Ust. Nr. 33, Pos. 276) vorgesehene Weise vorzunehmen ist,
- das Gesuch um Anwendung der Zollerleichterung innerhalb dreissig Tagen vom Augenblick der endgültigen Festsetzung des Revisionsergebnisses der betreffenden Ware abgegeben wird.

Wenn der Antragsteller vor Einfuhr der Ware um Zollermässigung einkommt, die Ware jedoch gegen Normalzoll verzollt, ehe die Genehmigung für ermässigte Zollabfertigung erteilt wird, so kann in solchen Fällen die Rückerstattung des Zollunterschiedes auf Grund eines Gesuches des Antragstellers erfolgen, das innerhalb von dreissig Tagen vom Augenblick der Erteilung der Zollermässigung zusammen mit der ZolldeklARATION (Zollquittung) und den Belegen eingereicht wird, die übereinstimmend mit dieser Verordnung die Identität der Ware feststellen.

§ 3. Diese Verordnung tritt am dritten Tage nach Veröffentlichung in Kraft und bleibt bis zum 30. Juni 1932 einschliesslich gültig.

durch die Regierung geregelt werden konnten, in Erwägung zu ziehen.

Die ausserordentlich schwierige Situation, in der sich das Wirtschaftsleben Schlesiens befindet, erfordert empfindliche Opfer. Wir bitten Sie daher, Herr Minister, um Hilfe und Unterstützung seitens der Regierung, um dadurch zum Durchhalten der Krise zu verhelfen.

Hernach antwortete der Minister auf einzelne in der Denkschrift angeführte Probleme.

Was uns besonders interessiert, ist die Stellungnahme des Ministers zum Handel überhaupt und zum Steuerproblem. In Bezug auf den Handel erklärte der Handelsminister ausdrücklich, dass er dessen Rolle entsprechend einschätze und betonte ausdrücklich, die Ansichten seien falsch, die dahingehen, dass der Handel entbehrlich sei, er bedeute vielmehr einen sehr wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben. Im Gegenteil sei es unbedingt notwendig, dass der Handel seine Expansion allseitig betriebe. Man muss gestehen, dass der jetzige Minister nicht nur die Rolle des Handels entsprechend einschätzt, sondern auch der erste ist, der durch Taten die Erkenntnis bewiesen hat, dass die Situation des Handels katastrophal ist und spezielle Mittel angewandt werden müssen, um ihn dem Abgrund zu entreissen. Darauf weist der Umstand hin, dass der Handelsminister unlängst eine spezielle Kommission ins Leben gerufen hat, die die Bearbeitung der dringenden und wichtigsten Postulate zur Aufgabe hatte. Die Arbeiten dieser Kommission zeigen auch ihre Auswirkungen, indem manche Massnahmen getroffen wurden, zu denen u. a. auch die Ermässigungen bei Zahlung der rückständigen Steuern gehören. Leider sind diese Massnahmen jedoch zu gering, um die Lage des Handels zu bessern. Wir verstehen die Situation des Handelsministers, der sein Amt unter nicht besonders günstigen Umständen und gewissermassen eine verschuldete Erbschaft übernommen hat. Es ist nicht so leicht, das Schiff in Fahrt zu bringen und in kurzer Zeit das Bessere, was im Laufe der Jahre vernachlässigt wurde. Tatsache ist, dass in den ersten Jahren der Unabhängigkeit Polens der Handel gänzlich übergegangen wurde und man ihn sogar als entbehrlich und parasitär betrachtete. Es entstand geradezu eine Legende über die Reichtümer des Handels, besonders in der Zeit der Inflation. Demzufolge wurde die ganze Wirtschaftspolitik gegen den Handel gerichtet und zwar Steuer-, Zoll-, Sozial- und Passpolitik. Als diese Taktik zum Niedergang des Handels führte, kam man zu der Ueberzeugung, dass der Handel

doch einen sehr wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben bilde und die Handelsminister änderten ihre Ansichten bezüglich des Handels. Dies war aber nur Theorie, denn in der Praxis wurden weiterhin Massnahmen gegen den Handel ergriffen. Dies führte zu dem jetzigen katastrophalen Zustande des Handels, und es ist selbstverständlich, dass man nicht so rasch nachholen kann, was jahrelang in Bezug auf den Handel gesündigt wurde.

Mit Recht führt die Denkschrift der Handelskammer u. a. als wichtiges Postulat weitere Ermässigungen in Bezug auf laufende Steuern an und weist darauf hin, dass Oberschlesien zu den pünktlichsten Steuerzahlern gehöre. Infolgedessen hat auch die Verordnung über die Ermässigungen bei rückständigen Steuern in Oberschlesien keine so grosse Bedeutung im Gegensatz zu unbedingt notwendigen Ermässigungen bei laufenden Steuern. Es unterliegt keinem Zweifel, dass Oberschlesien unter dem Druck der ungeheuren steuerlichen Belastungen steht, und diesbezügliche Massnahmen unbedingt notwendig sind, da sonst das Wirtschaftsleben Oberschlesiens völlig zugrunde geht.

Desto mehr begründet ist das Postulat der möglichst raschen Erledigung der Steuerberufungen, die jahrelang währt. Da die Berufungen die Zahlungen nicht hemmen, sind viele Fälle zu verzeichnen in denen Firmen bis zur Erledigung der Berufungen in zwischen die Höherveranlagungen zahlen müssen und infolgedessen zur Liquidation gezwungen werden. Auf diese Weise trocknen die Steuerquellen aus und darauf ist es auch zurückzuführen, dass die präliminierten Steuern nicht eingezogen werden können, und wie wir in einer der vorigen Nummern statistisch nachwiesen, verringern sich diese Steuerquellen von Monat zu Monat. In dieser Hinsicht erwarten wir — auch im staatlichen Interesse — unbedingt weitere Massnahmen.

Dr. L. L.

## Geldwesen und Börse

Bilanz der Bank Polski.

In der I. Junidekade hat die Bank Polski, um die Devisenvorräte zu ergänzen, für ca. 30.000.000 zł. Gold Devisen angekauft. Im Zusammenhange damit ist der Goldvorrat im Vergleich zur vorhergehenden Dekade um 30.592.000 zł. auf 524.310.000 zł. gesunken.

Gleichzeitig erhöhten sich die deckungsfähigen Devisen um 6.797.000 zł. auf 45.245.000 zł. Nicht-deckungsfähige Geldsorten und ausländische Ver-

pflichtungen weisen einen Rückgang um 4.421.000 zł. bis zur Summe von 112.780.000 zł. auf.

Das Wechselportefeuille ging um 1.321.000 zł. zurück und betrug 636.209.000 zł. Pfandanleihen sind um 2.634.000 zł. auf 114.731.000 zł. gesunken. Andere Aktiva betrugen 135.75 zł., d. s. 3.594.000 zł. weniger, als in der vorhergehenden Dekade.

In den Passiva ist die Position der sofort fälligen Verpflichtungen um 8.824.000 zł. auf 152.242.000 zł. zurückgegangen.

Gleichzeitig ist der Banknotenumlauf um 26.280.000 zł. auf 1.076.668.000 zł. gesunken. Das prozentuale Verhältnis der Deckung des Banknotenumlaufs und der sofort fälligen Verpflichtungen ausschliesslich mit Gold betrug 42,64 Proz., die Metall- und Valutadeckung 46,33 Proz. und die des Banknotenumlaufs allein mit Gold 48,54 Proz.

## Warschauer Börsennotierungen.

### Devisen

14. 6. Belgien 124,35 — 124,66 — 124,04, Danzig 174,70 — 175,13 — 174,27, Holland 361,30 — 362,20 — 360,40, London 32,78 — 32,94 — 32,62, New York 7,907 — 8,887 — 8,927, Paris 35,10 — 35,19 — 35,01, Prag 26,10 — 26,46 — 26,34, Schweiz 174,15 — 174,58 — 173,72, Italien 45,70 — 45,93 — 45,47.

15. 6. Belgien 124,30 — 124,61 — 123,99, Holland 361,00 — 361,90 — 360,10, London 32,65 — 32,62 — 32,80 — 32,48, New York 8,916 — 8,336, 8,896, Paris 35,06 — 35,15 — 34,97, Schweiz 174,00 — 174,43 — 173,57, Italien 45,74 — 45,91 — 54,51.

16. 6. Belgien 124,25 — 124,56 — 123,94, Danzig 174,40 — 174,83 — 173,97, Holland 161,00 — 161,90 — 160,10, London 32,61 — 32,63 — 32,78 — 32,46, New York 8,92 — 8,94 — 8,90, Paris 35,06 — 35,15 — 34,97, Prag 26,41 — 26,47 — 26,35 Schweiz 174,00 — 174,43 — 173,57.

17. 6. Belgien 124,20 — 124,51 — 123,89, Bukarest 5,32 — 5,35 — 5,29, Holland 360,90 — 361,80 — 360,00, London 32,60 — 32,63 — 32,78 — 32,46, New York 8,92 — 8,94 — 8,90, Paris 35,03 — 35,12 — 34,94, Prag 26,41 — 26,47 — 26,35 Stockholm 168,25 — 169,09 — 167,41 Schweiz 173,90 — 174,33 — 173,47.

20. 6. Belgien 124,30 — 124,61 — 123,99, Holland 360,50 — 361,40 — 359,60, London 32,40 — 32,56 — 32,24, New York 8,922 — 8,942 — 8,902, Paris 35,06 — 35,15 — 34,97, Prag 26,40 — 26,46 — 26,34, Schweiz 174,00 — 174,43 — 173,57.

23. 6. Danzig 174,45 — 174,88 — 174,02, Holland 360,35 — 361,25 — 359,45, London 32,30 — 32,35 — 32,49 — 32,17, New York 8,914 — 8,934 — 8,894, Paris 35,09 — 35,18 — 35,00, Prag 26,38 — 26,44 — 26,32, Schweiz 173,80 — 174,23 — 173,37.

### Wertpapiere.

4-proz. Dollaranleihe 47,90 — 47,75, 4-proz. Investitionsanleihe 88,75, 5-proz. Konversionsanleihe 35,50 — 35,75, 6-proz. Dollaranleihe 50,75 — 51 — 50,75, 7-proz. Stabilisationsanleihe 43,88 — 44,25 — 43,75, 10-proz. Eisenbahnanleihe 99,00, Pfandbriefe der Bank Gospodarstwa Krajowego 94,00, 8-proz. Pfandbriefe der Bank Rolny 94,00, 8-proz. Obligationen 94,00.

## Einfuhr/Ausfuhr/Verkehr

### Erhöhung der Stallviehausfuhr nach Oesterreich.

Die Ausfuhrkontingente für Schweine nach Oesterreich, die bis Mitte Mai nicht ausgenutzt werden konnten, wurden in der zweiten Junihälfte überschritten, was darauf zurückzuführen ist, dass die Nachfrage auf den österreichischen Märkten sich etwas erhöht hat.

### Export durch Gdynia nach Russland.

Ein grosser Teil der Bestellungen, die der polnischen Hüttenindustrie durch Sowjetrussland erteilt wurden, soll auf dem Seewege durch Gdynia exportiert werden. Im Zusammenhang damit wird sich nicht nur der Umschlag im Hafen Gdynia, sondern auch der Verkehr auf der Eisenbahnlinie Schlesien—Gdynia erhöhen.

### Die polnische Handelsflotte im Monat Mai.

Die polnischen Handelsdampfer haben ohne den Import aus England im Mai 71.000 to Waren befördert, wovon auf die polnische Seeschiffahrtsgesellschaft (Żegluga Polska) 30.000 to, die polnisch-britische Schiffahrtsgesellschaft 4.400 to, die Schiffahrtslinie Gdynia — Amerika 600 to und die anderen Einheiten 36.000 to entfallen. Sämtliche Schiffahrtsgesellschaften weisen im Vergleich zum Monat April einen Transport-Rückgang auf. Insbesondere macht sich der Mangel an Ladungen nach Polen geltend. Die polnische Handelsflotte beförderte aus Polen 68.000 to, nach Polen nur 3.000 to.

Es ist zu bemerken, dass die grössten polnischen Transportdampfer „Niemen“, „Wisła“ und „Warta“ mangels entsprechender Ladungen im Monat Mai im Hafen Gdynia lagen.

**Lodix** maj —  
lepsza  
pasta do obuwia



# Staatliche Gewerbesteuer

Ausführungsverordnung des Finanzministers vom 29. März 1932 zum Gesetz vom 15. Juli 1925.

(Fortsetzung).

Die aus der Ausfuhr in das Gebiet der Freien Stadt Danzig erzielten Umsätze unterliegen der Besteuerung gemäss den im Art. 7 des Gesetzes vorgesehenen Steuersätzen.

Die durch Kommission-, Handelsvermittlungs-, Expeditions- und Transportunternehmen etc. bei Exporttransaktionen erzielten Entschädigungen unterliegen nicht der Befreiung von der Steuer gemäss Art. 3 Pkt. 15 des Gesetzes.

## Zu Art. 5.

§ 18. Als Bruttoeinnahme gilt die volle Forderung des Verkäufers aus einer geschlossenen Transaktion.

Sämtliche Arten von Provisionen und andere Entschädigungen, die durch das Unternehmen einem Kommissionär bzw. Vermittler ausgezahlt wurden, dürfen vom Umsatz dieses Unternehmens als Handelsunkosten nicht abgezogen werden.

Zinsen für Wechseldiskont, die durch den Verkäufer beim Verkauf von Waren auf Wechsel erhoben werden, sind von der Bruttoeinnahme nicht abziehbar und bilden im Ganzen einen der Besteuerung unterliegenden Umsatz.

Ebenso sind von der Bruttoeinnahme die Zinsen, die durch den Verkäufer beim Verkauf von Waren auf Kredit ohne Annahme von Wechseln erhoben werden, nicht abziehbar.

Die Prolongations- und Verzugszinsen, die von den Warenerwerbern wegen Nichtbezahlung des kreditierten Kaufpreises innerhalb der vereinbarten Frist erhoben werden, bilden keinen der Steuer unterliegenden Teil des Umsatzes.

Die aus dem Verkauf eines Vermögensteiles, der weder den Gegenstand des Umsatzes noch der Produktion eines Unternehmens bildet, erzielten Beträge, sind nicht steuerpflichtige Umsätze.

Die Lieferung von Waren durch ein Unternehmen an seinen Gläubiger zwecks Begleichung einer Verbindlichkeit bildet eine der Besteuerung unterliegende Transaktion.

Desgleichen Summen, die aus Exekutionsverkäufen zur Deckung der auf einem Unternehmen lastenden Verbindlichkeiten erzielt wurden, bilden einen Teil des der Besteuerung unterliegenden Umsatzes.

## Zu Art. 5 Abs. 1, Pkt. 3.

§ 20. Zusatzbeiträge (Manipulationsgebühren, Abgaben für den Reservefonds usw.) bilden einen Teil des der Besteuerung unterliegenden Umsatzes, sofern sie sich aus den Versicherungsverträgen ergeben.

Stempelabgaben, die durch Versicherungsinstitutionen von den Versicherten erhoben werden, werden dem steuerpflichtigen Umsatz nicht zugerechnet, weil sich diese aus den Versicherungsverträgen nicht ergeben.

## Zu Art. 5 Abs. 1, Pkt. 1, 4 u. 7.

§ 21. Als Umsatz bei der Ausführung von Arbeiten bzw. Lieferungen gelten sowohl die erhaltenen als auch die für die im betr. Veranlagungszeitraum für die ausgeführten Arbeiten und Lieferungen zustehenden Summen.

## Zu Art. 5 Abs. 1, Pkt. 5.

§ 23. Der steuerpflichtige Umsatz der Handelsunternehmen, der aus dem Verkauf von Erzeugnissen des staatlichen Tabak- u. Spiritusmonopols erzielt wird, wird gemäss Art. 5 Abs. 1, Pkt. 5 des Gesetzes festgestellt, wobei als Umsatz die Summe angenommen wird, die den Unterschied zwischen dem durch das staatliche Monopol erhobenen und dem durch dieses Monopol festgesetzten Verkaufspreis bildet.

Vorstehende Vorschrift findet ebenfalls Anwendung beim Verkauf von Erzeugnissen des staatlichen Spiritusmonopols in geschlossenen Gefässen durch gastronomische Unternehmen, die die Berechtigung zum Detailverkauf von alkoholischen Getränken nebst Ausschank besitzen (Restauration II. Klasse, Wirtschaftshäuser, Ekehrhäuser).

Der Verkauf von Stempel- und Postmarken sowie Wechseln, der durch Handelsunternehmen auf Grund der durch die zuständigen Behörden erteilten Konzessionen betrieben wird, unterliegt der Gewerbesteuer nur hinsichtlich der erhaltenen Kommissionsentschädigung.

§ 24. Als Kommissionsunternehmen werden diejenigen Unternehmen nicht angesehen, die im eigenen Namen den Einkauf von Waren auf Rechnung dritter Personen betreiben. Die Unternehmen für kommissionsmässigen Einkauf sind ihrem Charakter nach entweder als Unternehmen des gewerbmässigen Einkaufs bzw. als Warenhandelsunternehmen zu betrachten.

Ein Delcredere-Verhältnis steht der Anerkennung eines Kommissionsverhältnisses nicht entgegen.

Kommissionsunternehmen, die auf Rechnung: a) ausländischer Firmen sowie anderer Personen, die ausserhalb den politischen Grenzen der Republik wohnen bzw. dort ihren Sitz haben, b) der staatlichen Gewerbesteuer gemäss Art. 1 des Gesetzes nicht unterliegenden bzw. von dieser Steuer gemäss Art. 2 und 3 des Gesetzes befreiten Unternehmen, Wirtschaften und Personen handeln, entrichten

die Steuern vom vollen Warenumsatz gemäss den dem Charakter des Verkaufs entsprechenden Sätzen.

Die Vorschrift vorstehenden Absatzes findet keine Anwendung auf den Kommissionsverkauf von Getreide, der auf Rechnung von landwirtschaftlichen Produzenten erfolgt. Als Getreide wird angesehen: Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Buchweizen, Hirse, Mais, Pferdezaummais.

Unternehmen, bzw. gewerbliche Berufe der Handelsvermittlung, die Waren dritter Personen zum Weiterverkauf im Besitz haben und im Namen sowie auf Rechnung der im 3. Absatz vorliegenden Paragraphen genannten Personen, die die staatliche Gewerbesteuer vom Verkauf obiger Waren nicht bezahlen, handeln, entrichten die Steuer vom vollen Warenumsatz gemäss den dem Charakter des Verkaufs entsprechenden Sätzen.

Die im 3. und 5. Absatz des vorliegenden Paragraphen genannten Unternehmen und gewerblichen Berufe haben Gewerbepatente gemäss Abschnitt I Teil II Buchst. A des Tarifs, zum Art. 23 des Gesetzes, zu lösen.

Die Verpflichtung Handelsbücher zu führen, lastet nicht auf Unternehmen bzw. gewerblichen Berufen der Handelsvermittlung.

Ein Handels-Vermittlungsverhältnis schliesst aus:

- a) die Erteilung eines „Delcredere“;
- b) die Unterhaltung von Handelsanstalten (Art. 11 des Gesetzes), für den Verkauf von Waren der Firmen, auf deren Namen und Rechnung ein Handelsvermittlungsunternehmen tätig ist, sowie die Unterhaltung von Lagern (Art. 22 des Gesetzes);
- c) die Fakturierung von Waren im eigenen Namen.

Der Umsatz von Unternehmen bzw. gewerblichen Berufen der Handelsvermittlung, die im Namen und auf Rechnung dritter Personen handeln, die staatliche Gewerbesteuer nicht bezahlen und Waren dieser Personen zum Weiterverkauf nicht besitzen, sowie unter die Vorschriften des vorhergehenden Absatzes des vorliegenden Paragraphen nicht fallen, unterliegt der Besteuerung gemäss Art. 5 Abs. 1, Pkt. 5 des Gesetzes.

§ 25. Den steuerpflichtigen Umsatz der Spedition-, Transport- und Verkehrsunternehmen bilden sämtliche Vergütungen (Provisionen, Kommissionsgebühren usw.) für Leistungen und Dienste, die innerhalb der Grenzen der mit den Klienten geschlossenen Verträge ausgeführt wurden.

## Zu Art. 5 Abs. 1, Pkt. 6.

§ 26. In gastronomischen Unternehmen, Hotels usw. werden als steuerpflichtiger Umsatz ebenfalls die Rechnungszuschläge für die im Unternehmen beschaffte Bedienung angesehen.

## Zu Art. 5 Abs. 1, Pkt. 7.

§ 27. Der Umsatz eines Industrieunternehmens, der aus dem Verkauf von gewonnenen Rohstoffen, Halbfabrikaten bzw. Hilfsmaterialien und -artikeln, die nicht in seinen Tätigkeitsbereich fallen, erzielt wird, stellt sich nicht als Umsatz eines Industrieunternehmens gemäss Art. 5 Abs. 1, Pkt. 7 des Gesetzes sondern als Umsatz eines Waren-, Handelsunternehmens gemäss Art. 5 Abs. 1, Pkt. 1 des Gesetzes dar.

Für ein derartiges Waren-Handelsunternehmen ist ein besonderes Gewerbepatent für Handelsunternehmen zu lösen.

## Zu Art. 5 Abs. 1, Pkt. 8.

§ 29. Im Falle der Verarbeitung von Erzeugnissen einer ausländischen Firma durch ein inländisches Industrieunternehmen zahlt das Unternehmen die Steuer gemäss Art. 5 Abs. 1, Pkt. 8 des Gesetzes, von dem Verkauf dagegen der im Gebiet der Republik Polen hergestellten Erzeugnisse, ist die Steuer gemäss Art. 5 Abs. 1, Pkt. 1 des Gesetzes durch die betr. ausländische Firma bzw. durch ihre inländische Handelsabteilung, ihren Kommissionär oder ihren Vertreter zu entrichten.

Sofern ein inländisches Industrieunternehmen, das Erzeugnisse einer ausländischen Firma verarbeitet, inländischen Abnehmern die hergestellten Erzeugnisse unmittelbar auf Grund von Aufträgen der ausländischen Firma liefert, hat dieses Unternehmen die Steuer ebenfalls von den Verkaufstransaktionen zu entrichten (Art. 5 Abs. 1, Pkt. 1 des Gesetzes).

§ 30. In Wirtschaftsmühlen, d. h. solchen Mühlen, die ausschliesslich fremdes Getreide gegen Entschädigung in der Weise vermahlen, dass der Eigentümer die Produkte seines eigenen Getreides erhält und für die Vermahlung die Entschädigung sei es in Geld, sei es in Natur bezahlt, bildet den steuerpflichtigen Umsatz die für die Vermahlung entrichtete Entschädigung.

Der Feststellung des Umsatzes der Wirtschaftsmühlen gemäss Art. 5 Abs. 1, Pkt. 8 des Gesetzes steht die sofortige Herausgabe eines fertigen Produktes aus den Vorräten der Mühlen nicht entgegen, sofern die Vorräte aus der Entschädigung für eine vorher für andere Personen ausgeführte Vermahlung stammen.

In Handelsmühlen, die neben dem Verkauf von Mehlprodukten aus Getreide, das auf eigene Rech-

nung eingekauft wurde, ebenfalls Mehlprodukte im Wege des Umtausches gegen Roggen verkaufen und hierbei, sofern es sich um die Getreide- und Mehlproduktenpreise handelt, entsprechend den Marktpreisen kalkulieren, wird der Gesamtumsatz gemäss Art. 5 Abs. 1, Pkt. 7 des Gesetzes festgestellt.

In Wirtschafts-Handelsmühlen (Mühlen, die einen gemischten Charakter haben) ist der aus dem Verkauf (Umtausch) von Mehlprodukten aus Getreide, das auf eigene Rechnung eingekauft wurde, erzielte Umsatz, gemäss Art. 5 Abs. 1, Pkt. 7 des Gesetzes festzustellen. Der Umsatz dagegen, der aus Transaktionen, die nach dem im Absatz 1 des vorliegenden Paragraphen erwähnten Grundsätze angeführt wurden, d. h. sofern für das zur Vermahlung gebrachte Getreide, die Mühle fertige Mehlprodukte aus ihren Vorräten, die ausschliesslich aus den zur Vermahlung gebrachten und nicht zu diesem Zweck eingekauften Getreide herausgibt, erzielt wurde, wird gemäss Art. 5 Abs. 1, Pkt. 8 des Gesetzes festgestellt.

## Zu Art. 5 Abs. 1, Pkt. 10.

§ 31. Die in Vertretung und auf Rechnung eines Klienten verauslagten Ausgaben, z. B. Stempelabgaben von Eingaben und Schreiben, Gerichtsabgaben usw. werden von der Besteuerungsgrundlage ausgeschlossen, sofern der Steuerzahler diese Ausgaben mit seinem Klienten verrechnet und sowohl die Tatsache der Verauslagung als auch der Verrechnung nachweist. Kanzleiabgaben unterliegen nicht dem Ausschluss von der Besteuerungsgrundlage.

## Zu Art. 5 Abs. 3.

§ 32. Staatliche und kommunale Verbrauchssteuern, sofern diese nicht durch die Industrieunternehmen einkassiert werden, sondern im Warenpreis enthalten sind, können von den Besteuerungsgrundlagen nicht ausgeschlossen werden.

Die Vorschrift des Abs. 3 Art. 5 des Gesetzes betrifft nur Industrieunternehmen, bezieht sich dagegen nicht auf Handelsunternehmen u. zwar auch dann nicht, wenn diese in Vertretung von Industrieunternehmen die Konsumsteuer zahlen.

Dem steuerlichen Umsatz werden nicht hinzugeschlagen:

- a) In Unternehmen, die Spielkarten produzieren — die Abgaben von Spielkarten (Art. 10 des Gesetzes vom 18. März 1931 — Dz. U. R. P. Nr. 27, Pos. 171);
- b) in Transportunternehmen (Autobussen) die im Art. 18 des Gesetzes vom 3. Februar 1931 über den staatlichen Wegebau (Dz. U. R. P. Nr. 16, Pos. 81) bestimmten Abgaben);
- c) bei Verkäufern von elektrischem Strom: die staatliche Steuer von elektrischer Energie (Gesetz vom 17. Dezember 1931, — Dz. U. R. P. Nr. 112, Pos. 880) nebst dem Kommunalzuschlag und zwar auch dann, wenn diese Steuer zusammen mit der Forderung für elektrische Energie ohne deren besondere Hervorhebung erhoben wurde.

Die als Gewerbesteuer entrichteten Beträge dürfen vom Umsatz nicht abgezogen werden.

## Zu Art. 5 letzter Absatz.

§ 33. Bonifikationen, d. h. Ermässigungen des Verkaufspreises, unterliegen der Ausschliessung von den Besteuerungsgrundlagen nur unter der Bedingung, wenn sie in demselben Steuerzeitraum, in dem sie betr. Verkaufstransaktionen ausgeführt wurden, erteilt wurden.

Die aus dem Verhalten der Schuldner sich ergebenden Verluste können in keinem Falle von den Besteuerungsgrundlagen ausgeschlossen werden.

(Fortsetzung folgt).

## Inld. Märkteu. Industrien

### Die Naphthaindustrie vor einer Zwangskartellisierung.

Am 23. Juni d. Js. fand im Ministerium für Industrie und Handel eine Konferenz sämtlicher Gruppen für Naphthaindustrie unter dem Vorsitz des Departementdirektors H. Pêche, statt. Die Konferenz wurde zu dem Zweck einberufen, um die Gruppen der Naphthaindustrie zu einer Konvention zusammenzuschliessen. Gelingt ein freiwilliger Zusammenschluss nicht, so ist es sehr wahrscheinlich, dass die Regierungskreise, die schon seit etwa einem Jahre diesbezügliche Verhandlungen führen, eine zwangsweise Kartellisierung durchführen werden.

## Steuern Zölle Verkehrstarife

### Neue Abgaben für die Arbeitslosen.

Nach einer am 16 d. Mts. stattgefundenen Sitzung im Präsidium des Ministerrats sollen die bisherigen Abgaben für die Arbeitslosen aufrecht erhalten werden. Da aber anzunehmen ist, dass die Einnahmen aus den gegenwärtigen Quellen die Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe während des kommenden Winters nicht decken werden, ist mit der Einfüh-



voller wie Galanteriewaren aus Leder nach Pos.  
57/4 a) II.

**Zu Position 58.**

Gedrechselte **Rotbuchenplatten** zur Herstellung gebogener Möbel, auch mit grob bearbeitetem Zapfen, ohne Rücksicht auf ihren Querschnitt, nach Pos. 58 Pkt. 5 b), ~~und~~ zwar mit Rücksicht darauf, dass das Ausarbeiten der Zapfen gleich beim Durchziehen der Latten durch selbsttätige Drehbänke vor sich geht.

**Korkbaumrinde** in Gestalt von Platten regelmässiger Form mit beschnittenen Rändern, aber mit natürlicher Oberfläche, auch mechanisch gereinigt, ausgekocht, gerade gemacht, ist wie unbearbeitete Korkbaumrinde zu behandeln und nach Pos. 58 P. 4 abzu fertigen.

Mit Teer getränkte **Holzwürfel**, die zur Pflasterung von Strassen verwendet werden, werden der Pos. 58 P. 2 zugewiesen.

Bretter aus gewöhnlichem, in Pos. 58/1 genanntem Holz, ohne jede Bearbeitung, aber mit Stoffen durchtränkt, die ihnen das Aussehen und die Merkmale von Brettern aus wertvollem Holz, z. B. Mahagoniholz, Ebenholz und dergl. verleihen, auf Grund des Art. 7 Abs. 5 der Verordnung über den Zolltarif nach Pos. 58/2 wie Bretter aus in Pos. 58/1 nicht genanntem Holz.

Imprägnierte **Grubenhölzer** nach Pos. 58/2 wie imprägnierte Schwellen aus dem in Pos. 58/1 genannten Holz, denn das Imprägnieren stellt in diesem Falle ein chemisches Verfahren dar, das bei den in Pos. 58/1 c) genannten, unbearbeiteten Grubenhölzern nicht vorgesehen ist.

## Wirtschaftsverhältnis der Tschechoslovakei zu Deutschland.

Das Prager Messeamt hatte zu einem Vortrage des Generaldirektors Stellvertreter Dr. F. Žizka über das Thema „Die heutige Wirtschaft in der Tschechoslowakei und ihr Verhältnis zu Deutschland“ im Klub der Deutschen Presse in Berlin eingeladen. Am Vortrage beteiligten sich zahlreiche Angehörige der in- und ausländischen Presse, das Reichswirtschaftsministerium, das Auswärtige Amt, die Industrie- und Handelskammer zu Berlin, der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Reichsverband des Deutschen Gross- und Ueberseehandels, die Zentralstelle für Aussenhandel, das Deutsche Ausstellungs- und Messeamt. Auch waren der ésl. Gesandte Dr. Chvalkovsky, Legationsrat Ku-

Heute ist die deutsche Ausfuhr in die Tschechoslovakei auf fast  $\frac{1}{4}$  zurückgegangen. Aus dem früher Gesagten geht jedoch hervor, dass es für Deutschland ein schwacher Trost ist, wenn die Einfuhr aus der Tschechoslovakei auf fast  $\frac{1}{4}$  gesunken ist. Die immer mehr wachsende Aktivität der deutschen Handelsbilanz gegenüber der Tschechoslovakei vermag die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, dass  $\frac{2}{3}$  jener Deutschen, die noch vor 3 Jahren für die Tschechoslovakei arbeiteten, heute arbeitslos geworden sind.

Unter diesen Voraussetzungen eines Wirtschaftsspielles, bei welchem jeder nur verlieren kann, wenn er auch vielleicht in Prozenten ausgedrückt gewinnt, setzte sich Dr. Žižka für ein Waren-Clearing ein, bei welchem doch ein lebhafter Zug in die wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen ohne Schaden für die beteiligten Staaten, kommen kann, also mengenmässige Steigerung der Ein- und Ausfuhr bei gleichbleibendem Saldo. Da aber der Staat als solcher zwar durch Massnahmen in den Aussenhandel eingreifen kann, bleibt doch der Privatwirtschaft die Realisierung von der Warensseite vorbehalten. Unter den Einrichtungen zur Ermöglichung einer Orientierung über die Leistungsfähigkeit der Staaten wies Dr. Žižka besonders auf die Messen hin. Als breiter Markt für Fertigfabrikate seien diese besonders geeignet, den Kaufleuten eine wirtschaftliche Annäherung zu gewähren. Für die reichsdeutschen Kaufleute komme in erster Linie Prag als Messestadt in Betracht, für die Tschechoslowakei Leipzig. Am Schluss seines Vortrages bemerkte Dr. Žižka, er glaube nicht fehlzugehen, wenn er sage, dass man sich trotz der Nachbarwirtschaft zu wenig kenne, im Widerspruch zu dem Umstand, dass jedwede Annäherung zwischen Nachbarstaaten überhaupt für beide Seiten vorteilhaft und wirtschaftsfördernd sei. — Dem Vortrag schloss sich eine lebhafte Wechselrede an. U. a. sprach der berufene Fachmann Reichsminister a. D. Dr. Gothein über die für beide Staaten überaus wichtige Frage des Donau-Oderkanals mit Anschluss an die Elbe.

**Schuhwerk aller Art aus Leder mit Schnürsenkeln** aus Seidengarn ist nach Pos. für Schuhwerk zollpflichtig, je nach Stoff und Vollandung, wobei die Schnürsenkel unberücksichtigt bleiben. Die Schnürsenkel werden besonders verzollt und in diesem Falle als geflochtene Kleinkonfektion aus Seide behandelt.

Seidene Schnürsenkel, die in Wirklichkeit keinen unerlässlichen Schuhbestandteil darstellen, können nicht die Grundlage für die Verzollung des ganzen Schuhwerks als Seidenschuhzeug bilden.

Als **Leinenschuhwerk** ist nicht nur Schuhwerk aus Baumwollenwand, Flachseiwand oder Sackleiwand anzusehen, sondern auch solches aus den Geweben dieser Stoffe. Es genießt den im polnisch-tschechoslovakischen Abkommen vorgesehenen Vertragszoll.

**Schuhe aus Holz, sogen. „Holländer“, auch mit Lederriemen, wie Schuhwerk aus nicht besonders genanntem, gewöhnlichen Stoff nach Pos. 57/2.**

**Leinenschuhwerk mit Zusatz von Leder oder Seide.** Leinenschuhwerk aus Pos. 57/2, auch besäumt mit einem ganz schmalen Lederstreifen ohne Rücksicht auf die Beschaffenheit dieses Leders, als Leinenschuhwerk nach Pos. 57/2.

Leinenschuhwerk mit Aufputz von Pompons, Fransen, Bündchen, alles aus Seide; selbst wenn die Bändchen in diesem Falle zum Besäumen benutzt sein sollten, nach Pos. 57/3 als Schuhwerk aller Art mit Zusatz der in Pos. 57/3 genannten Stoffe.

**Mützenschirme** aus gegerbtem, auch lackiertem Leder — wie Teile von Lederkleidung nach Pos. 57/4 b) I., aus Papiermaché, lackiert nach Pos. 61/4.

**Lederriemen für Armbanduhr**en als Galanteriewaren aus Leder nach Pos. 57/4 a) II.

**Aktentaschen** (Mappen für Papiere, Akten, Bücher) aus Leder oder aus groben Geweben — nach Pos. 57/5 a), als nicht besonders genannte Riementwaren.

Handtaschen für den Schul- oder Hausgebrauch, aus grobem Jutegewebe. Einkaufstaschen oder aber Schultaschen (für Bücher) aus grobem Jutegewebe, selbst mit aufgestickter, auf die Bestimmung der Tasche hinweisender Aufschrift — wie Reisetaschen aus groben Geweben nach Pos. 57/5 a).

Zusammengenähte **Riemen** aus dickem, weichem Rindleder, die jedoch keine Treibriemen darstellen, wie nicht besonders genannte Erzeugnisse aus dickem Leder für den technischen Bedarf nach Pos. 57/5 b).

**Sattelgurte aus Flachsschnüren.** Gurte aus Flachsschnüren zum Befestigen der Sättel, aus den in der Pos. 57/6 a) od. b) nicht genannten Stoffen, als Geschirr aus nicht besonders genannten Stoffen nach Pos. 57/6 c).

**Malerkämme** aus Stahl zur Nachahmung der Holzmaserung — wie nicht besonders genanntes Handwerkzeug aus Stahl nach Pos. 161/2.

Solche Käbme aus Gummi oder Leder nach der Beschaffenheit dieser Stoffe und dem Vollendungsgrad, d. h. aus Leder — nach Pos. g/75 b), aus Gummi — nach Pos. 88/1 d).

**Puderquasten aus Sämischleder** wenn auch mit Zusatz verschiedener Stoffe, darunter auch wert-

**L. ALTMANN**  
Eisenwarengroßhandlung  
**Kadowice, Rynek 11**  
Telefon 24, 25, 26.      Gegründet 1865

Wälzen, Bleche, Werkzeuge, Werkzeugmaschinen, Autoge Schweiß- und Schneidapparate, Bau- und Karosseriebeschläge, Haus- und Küchengeräte, Gartengeräte, Eisstranke, Eismaschinen, Einkochapparate und Gläser

**Markewerk®**

# INSERATE

**In der  
Wirtschafts-  
korrespondenz  
haben den  
grössten Erfolg**

Jest to  
*Henkla*  
system stały:



*Towar dobry  
doskonaty!*